

Dachverband schleswig-holsteinischer Frauenorganisationen



B e r i c h t

**Jahreshauptversammlung
27. Februar 2008 in Kiel**

**Berichtszeitraum:
2. Januar – 31. Dezember 2007**

Anke Schimmer
Vorsitzende



LANDESFRAUENRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN E. V.
Dachverband schleswig-holsteinischer Frauenorganisationen

Der LandesFrauenRat erlebte 2007 eine Phase des Umbruchs und der Neuorientierung. Nach dem krankheitsbedingten Wechsel der Vorsitzenden Ende des Vorjahres standen auf der Jahreshauptversammlung Neuwahlen für fünf weitere Positionen an, eine davon konnte erst in der September-MV besetzt werden. Schwerpunkt der neuen VorstandsFrauen war die intensive inhaltliche Bestimmung der Ziele des LFR für die nächsten Jahre und die Erarbeitung eines längerfristig auch finanziell tragfähigen Konzepts für deren erfolgreiche Umsetzung.

Weiter standen die Auseinandersetzung mit dem neuen AGG und das EU-Jahr der Chancengleichheit im Vordergrund.

Der LFR war an mehreren Kooperationsveranstaltungen beteiligt, zu nennen sind:

- Internationaler Frauentag am 8.März in Kiel "geht nicht gibt's nicht"
- Regionalkonferenz 2007 „Chancengleichheit und Antidiskriminierung“ der Fachhochschule vom 8.-9.6.2007
- Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen aller Parteien: „Bringt eine Frauenquote mehr Förderung für Frauen in der Politik?“ in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landtag SH
- Abschluss-Veranstaltung des Stage-Projekts am 15.02.2007

Maßnahmen, um trotz angespannter Finanzsituation eine erfolgreiche Arbeit sicherzustellen, wurden 2007 kontrovers diskutiert. Auf der außerordentlichen Jahreshauptversammlung im November fanden die Vorschläge des Vorstandes keine Mehrheit. Das Jahr endete mit der Ankündigung der VorstandsFrauen, geschlossen zurückzutreten.

Der Vorstand des LandesFrauenRates Schleswig-Holstein e.V. hat sich im Jahr 2007 neben seinen ihm satzungsgemäß obliegenden Aufgaben (Gremienmitarbeit, Ausschussarbeit zu wichtigen frauenspezifischen Themen, Information der Mitglieder) folgenden Tätigkeitsschwerpunkt gesetzt:

Perspektiven von Frauen im Europäischen Jahr der Chancengleichheit

Dazu hat er Veranstaltungen durchgeführt oder durch Kooperation unterstützt und ist durch Stellungnahmen politisch wirksam gewesen.

I. Projekte, Initiativen und Stellungnahmen:

Für das Jahr 2007 waren keine neuen Projekte und Initiativen geplant. Nach dem erfolgreichen Abschluss der beiden Cross-Mentoring-Projekte, der QM-Initiative und der Bundeskonferenz im Jahr davor, konzentrierte sich der LFR auf eine Nachbereitung und notwendige Standortbestimmung. Wo steht die Frauenarbeit heute, was sind die drängenden Probleme der Zukunft und durch welche Projekte kann der LFR trotz angespannter Finanzsituation am effektivsten tätig werden? Wie

erhalten die Mitgliedsverbände mehr Möglichkeiten, sich und ihre Kompetenzen in die Arbeit des LFR einzubringen?

Während der Klausurtagung der VorstandsFrauen sind diese Fragen intensiv bearbeitet worden. Auf der Mitgliederversammlung am 19.9.2007 wurden folgende Ergebnisse vorgestellt.

- In Zukunft stehen alle Aktivitäten des LFR unter einem jährlich wechselnden Hauptthema
- Passend zu diesem Thema, koordiniert der LFR die Auseinandersetzung im ganzen Land.
- Eine große Veranstaltung wird durch den LandesFrauenRat dazu selbst organisiert.
- Die Mitgliedsverbände sind aufgefordert, ihre Interessen in die Planung einzubringen und die Durchführung verantwortlich mit zu gestalten.
- Eigene Angebote in Kooperation mit dem LFR sind sehr erwünscht.

Für die nächsten Jahre sind folgende Schwerpunkte festgelegt:

- **2008 Arbeit**
- **2009 Geld**
- **2010 Macht**

Mit den thematisch passenden Mitgliedsverbänden sind anschließend konkrete Planungs-Gespräche aufgenommen worden. Die ausführliche Präsentation ist dem Jahresbericht als Anlage I beigefügt.

Stellungnahmen

Der LFR war als größter Frauenverband aufgefordert worden, zum Gesetzesentwurf der Landesregierung vom 27. März 2007 zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen.

Dazu wurden alle Mitglieder über eine Fragebogenaktion befragt. Die an das zuständige Ministerium weitergeleitete Stellungnahme finden Sie in Anlage II. Das verabschiedete Gesetz deckt sich mit den Empfehlungen des LFR.

Im September erreichte den LFR die Nachricht, dass in Lübeck aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Mitarbeiterzahl im Lübecker Frauenbüro reduziert werden solle. Ebenfalls im Anhang finden sich ein offener Brief an den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck und eine Stellungnahme des LFR in dieser Sache (Anlage III). Auch aufgrund der Proteste des LFR wurden diese Pläne nicht in die Tat umgesetzt.

Ende des Jahres erhielt der LFR ein zweites Mal die Gelegenheit, seine Position zu einem Gesetzesentwurf zu Gehör zu bringen. Es handelte sich um den Gesetzesentwurf von Bündnis90 / Die Grünen zur Änderung des Landeswahlgesetzes mit dem Ziel, für die Landeslisten der Parteien eine Frauenquote einzuführen. Auch diese Stellungnahme ist dem Jahresbericht beigefügt (Anlage IV). Der LFR nahm die Auseinandersetzung über dieses Thema zum Anlass, eine öffentliche Podiumsdiskussion durchzuführen. Mehr dazu unter dem Kapitel Veranstaltungen.

II. Vorstandssitzungen:

Die VorstandsFrauen trafen sich zu insgesamt 7 Vorstandssitzungen und einer 2-tägigen Klausurtagung, auf der die Strategien und Ziele für die nächsten Jahre festgelegt wurden.

III. Mitglieder / Mitgliederversammlungen:

Mit dem Ende des Jahres 2007 sind 55 Vereine und Verbände, Organisationen und Landesarbeitsgemeinschaften Mitglied im LandesFrauenRat.

Das bedeutet keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Das Interesse von Vereinen und Verbänden an der Arbeit des LandesFrauenRats ist nach wie vor hoch, ein vorliegender Antrag auf Mitgliedschaft einer gemeinnützigen GmbH wird derzeit geprüft. Weitere Anfragen liegen vor. Aufgrund der angestrebten Beitragserhöhung ist es allerdings auch zu Kündigungen gekommen, die im nächsten Jahr wirksam werden.

Alle Mitgliederversammlungen sind öffentlich.

Sie wurden alle in Kooperation mit frauenpolitisch bedeutenden Organisationen durchgeführt, auf jeder wurde mindestens einem Mitgliedsverband die Möglichkeit gegeben, sich und seine Arbeit vorzustellen.

1. MV 14. März 2007 in Kooperation mit dem Diakonischen Werk SH; Jahreshauptversammlung und Vorstandswahl

Die diesjährige reguläre Jahreshauptversammlung fand im Martinshaus in Rendsburg auf Einladung der Diakonie statt. Herr Schlerff, kaufmännischer Vorstand, stellte zu Beginn die Historie dieses, vom Diakonischen Werk Schleswig-Holstein genutzten Gebäudes vor. Anschließend präsentierten die Vorsitzende Anke Schimmer den Jahresbericht 2006 und die Schatzmeisterin Dr.Hela Mehrtens den Kassenbericht 2006. Als Neuerung sind beide Berichte auch im Internet über die Homepage des LFR abrufbar.

Die beiden Kassenprüferinnen, Margret Bonin(Verband alleinerziehende Mütter und Väter) und Maria Brachmann-Wilckens(@ktiva) bestätigten die ordnungsgemäße Kassenführung des LFR. Danach erfolgte die ordnungsgemäße Entlastung des alten Vorstandes.

Anschließend wurden neue Vorstandsmitglieder gewählt.

Helga Klindt, Dr. Hela Mehrtens, Christiane Wehrmann und Christiane Möller standen für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung, Anke Schimmer war vor ihrer Wahl zur Vorsitzenden Beisitzerin gewesen. Daher standen die Positionen der stellvertretenden Vorsitzenden, der Schatzmeisterin und 3 Beisitzerinnen zur Wahl.

Als Kandidatinnen stellten sich vor:

Als stellvertretende Vorsitzende: Annegret Bergmann (Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten), als Schatzmeisterin: Birgit Prange (Business and Professionell Women Kiel), als Beisitzerinnen: Marga Trede (LandFrauenVerband) und Monika Henning (Unternehmerfrauen im Handwerk). Alle wurden mit großer Mehrheit gewählt und nahmen die Wahl an. Eine Beisitzerinnenposition blieb offen, da sich keine Kandidatin fand. Die Vorsitzende dankte den Ausscheidenden und beglückwünschte die neuen Vorstandsmitglieder mit einem Blumenstrauß. Danach wurden Nicole Howe (Landesjugendring) und Steffie

Harms (Frauennetzwerk zur Arbeitssituation) als Kassenprüferinnen gewählt. Weiter beschäftigte sich die MV mit dem Verfahren zur Besetzung des Gremiensitzes im NDR-Rundfunkrat:

Die Vorsitzende teilte mit, dass das politische Entscheidungsverfahren zur Besetzung des NDR-Rundfunkrats zugunsten des Vorschlags des LFR ausgefallen sei. Damit wird sie selbst für die nächste Amtsperiode die Fraueninteressen dort vertreten. Die Sprecherin der LAG, Andrea Feiertag, betonte in einer Stellungnahme erneut ihr Bedauern über die Art, wie der LFR mit dem Vorschlagsrecht verfahren ist. Ein Appell von Steffi Harms (Frauennetzwerk zur Arbeitssituation), sowie eine Erklärung von Hella Barbara Friebel (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) und ein Statement von Ursula Schele (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) wurden vorgetragen und die Diskussion über dieses Thema abgeschlossen.

Auf Antrag von Steffi Harms wurde der Einrichtung des Arbeitskreis „Wahlen“ zur Kommunalwahl zugestimmt, ebenso dem Aufruf nach Wiederbelebung des Ausschusses „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ durch Dr. Hela Mehrstens.

Weitere Themen waren:

- Verschieben des Termins der nächsten Mitgliederversammlung (MV), der ursprünglich für den ersten Abend der Fachtagung vorgesehenen war, auf einen späteren Zeitpunkt
- Hinweise auf eine Resolution zum Thema Gebärmutterhalskrebs des LFR Niedersachsen und auf ein Positionspapier zu diesem Thema von der Nordelbischen Kirche, sowie auf den bundesweiten Aktionstag der „Lokalen Bündnisse für Familie“ im Mai 2007
- Karin Purrucker (Referentin LFR) schilderte die Aufnahmerichtlinien für neue Mitglieder aus juristischer Sicht (Vereinsrecht, LFR Satzung, aktuelle Rechtsprechung)
- Die MV endete mit der Ankündigung von Anke Schimmer (Vorsitzende LFR), dass im nächsten Jahr eine Beitragserhöhung stattfinden soll.

2. MV 19. September in Kooperation mit der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten; Jubiläum: „20 Jahre kommunale GB's“

Hauptthemen des Abends waren die Ziele der zukünftigen Arbeit des LFR und die kritische Finanzlage. Außerdem fand die Wahl zur Besetzung der freien Beisitzerinnenposition im Vorstand statt. Es kandidierten Ute Hönow (Frauenrat der Stadt Neumünster) und Petra Thiess-Klapp (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft). Mit 35 zu 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde Ute Hönow zur Beisitzerin gewählt, sie nahm die Wahl an.

Zuerst berichtete Annegret Bergmann (stellvertretende Vorsitzende LFR) von der Festveranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens. Zitat: „Das Jubiläumsprogramm stieß durchweg auf positive Resonanz und dürfte dem einen oder anderen in der Politik die Augen geöffnet haben. Das Motto des Festvortrages eignete sich auch für die Arbeit des LFR: Wir brauchen keine neue Frauenbewegung, sondern müssen die alte Frauenbewegung neu beleben.“ Sie verwies weiter auf die angespannte Lage der Gleichstellungsbeauftragten: „Aufgrund der Arbeitszeitkürzungen trotz weiterhin bestehender Belastung sieht sich kaum mehr jemand imstande, das Amt einer Sprecherin auszuüben. Nachdem aus diesem Grund drei Sprecherinnen zurückgetreten sind, verbleiben augenblicklich nur noch zwei

Sprecherinnen im Amt.“ Die Mitglieder des LFR wurden aufgefordert, nach außen in eine diesbezügliche Diskussion eintreten und sich dafür stark zu machen, dass die erforderlichen Arbeitsbedingungen für eine effektive Gleichstellungsarbeit und deren Finanzierung sichergestellt werden. Christiane Wehrmann (LAG hauptamtl. komm.GB) dankte Annegret Bergmann für die Veranstaltung, die sie als Sternstunde bezeichnete. Sie mahnte an, dass die Arbeit bei knapper werdenden Ressourcen nicht mehr getan werden könne und bat die Mitgliedsorganisationen um Unterstützung. Situation und Stellenwert der Gleichstellungsbeauftragten müssten bestehen bzw. wiederhergestellt werden.

Anschließend gab Birgit Prange der Versammlung einen detaillierten Überblick über die finanzielle Situation des LFR. Die Förderungsbeträge sind in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Selbst bei Berücksichtigung der noch bestehenden Rückstellungen bliebe es für 2007 bei einem Fehlbetrag von ca. 3.000,00 €. Neue Verhandlungen mit dem Ministerium und Beitragserhöhungen wären unausweichlich.

Annegret Bergmann stellte das vom Vorstand in einer Klausurtagung erarbeiteten Ziele des LFR vor. Die Arbeitsschwerpunkte der nächsten Jahre sind 2008 Arbeit, 2009 Geld, 2010 Macht. Die Versammlung applaudierte spontan. Es ergab sich deutlich, dass die Arbeit des LandesFrauenRates nach wie vor erforderlich ist als Kooperationspartner der Mitgliedsorganisationen, als deren Verstärker und Vernetzungsstelle. Ebenso wurde aber auch deutlich, dass Ziele und Finanzen nicht voneinander zu trennen sind. Die Geschäftsstelle müsste in die Lage versetzt werden, die zu leistende Arbeit auch faktisch leisten zu können.

Birgit Prange forderte die Delegierten auf, die Diskussion insbesondere auch um eine Verdoppelung der Mitgliedsbeiträge in ihre Organisationen hineinzutragen und schriftlich zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung im Oktober dazu Stellung zu nehmen, um dann das Thema „Finanzen“ vertiefen zu können. Aus der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, das Thema auf die Novemberversammlung zu verschieben, da die Frist sonst zu kurz bemessen ist. Der Vorstand stimmte dem zu.

Aus den Mitgliedsverbänden wurden zwei weitere Themen angesprochen:

Nicole Howe (Landesjugendring) wies auf finanzielle Kürzungen für den Lübecker Mädchentreff hin. Annegret Bergmann (stellvertretende Vorsitzende LFR) erläuterte den Zusammenhang mit einer Kürzung des Lübecker Frauenbüros um 1/3 aufgrund der Finanzlage der Hansestadt. Die Versammlung beschloß einstimmig, dass der Vorstand des LFR einen Brief an Bürgermeister Saxe (nebst Pressemitteilung) verfasst, in dem er aufgefordert wird, die beabsichtigten Kürzungen des Lübecker Frauenbüros zurückzunehmen. (Stellungnahme und Offener Brief s. Anlage III).

Ursula Schele (DPWV) bat den LFR um Positionierung hinsichtlich eines Vorschlages der Grünen zur Reform des Landeswahlgesetzes. Annegret Bergmann regte zu diesem Thema eine Diskussion mit allen Parteien an, wies aber wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit auf das vorrangige Thema der Finanzen des LFR hin. Dennoch wurde diese Veranstaltung Ende des Jahres durchgeführt(s. unter Veranstaltungen).

3. MV 10. Oktober 2007 „EU-Jahr der Chancengleichheit, was bringt das für Frauen“ in Kooperation mit dem Institut für Genderstudien der FH Kiel, Fachvortrag von Prof. Dr. Uta Klein

Der Vortrag von Prof. Dr. Uta Klein stand unter dem Titel: „Das Jahr 2007: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft und 50 Jahre EU-Gleichstellungspolitik, eine Bilanz aus feministischer Perspektive“. Die Folien des Vortrages stellte Prof. Dr. Uta Klein uns dankenswerterweise zur Verfügung, sie sind als Anlage V dem Jahresbericht angefügt. Anke Schimmer dankte Prof. Dr. Uta Klein im Namen aller Anwesenden.

Als weiterführende Literatur wurde empfohlen:

Uta Klein: Gleichstellungspolitik in der EU – eine Einführung (Schwalbach/Ts. 2006, Wochenschauverlag), dies.: Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union – ein Lehrbuch (Wiesbaden 2006, VS Verlag für Sozialwissenschaften)

Zu folgenden Themen entwickelten sich angeregte Diskussionen, die hier stichwortartig als Denkanstöße wiedergegeben werden:

Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen „stimmen“. Nach wie vor liegt die Hauptproblematik einer Berufstätigkeit für Frauen in den unzureichenden und kostenintensiven Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Manifestation traditioneller Rollenbilder

Der LFR sollte sich gemeinsam mit den anderen Landesfrauenräten für die Abschaffung des Ehegattensplittings einsetzen, da dadurch traditionelle Rollenvorstellungen manifestiert und steuerlich privilegiert werden.

Das überkommene Frauenmodell wird auch von den Frauen selbst – ebenso wie von konservativen Kräften in der Gesellschaft – immer wieder gefestigt.

Sprache formt das Bewusstsein. In der Sprache sollte jede darauf achten, dass nicht nur die männliche Form verwendet wird.

Rolle der Unternehmen

Die Wirtschaft braucht die gut ausgebildeten Frauen. Gerade jetzt wird ein Facharbeiter(innen)mangel spürbar. Letztlich hängt aber alles an den Finanzen.

Der LFR sollte sich des Themas „Familienfreundliche Betriebe“ (z. B. Väter in Elternzeit) annehmen. Noch immer wird auf Väter, die sich der Betreuung ihrer Kinder widmen möchten, ein subtiler Druck seitens der Unternehmen ausgeübt. Gefordert wird mehr Mut der Väter.

Demografische Entwicklung

In der demografischen Entwicklung zeigt sich die langfristige Problematik der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gleichstellungsbeauftragte in Betrieben beraten bei Schwangerschaft oft nur die Frauen, nicht die Paare.

Fehlender Kinderwunsch ist ein Männerproblem. Bei der weitaus größten Zahl junger Frauen gehört die Gründung einer Familie zur Lebensperspektive (75 %), bei jungen Männern ist es nur eine Minderheit (25 %). Frauen finden deshalb oft keinen geeigneten Partner, um ihren Lebensplan zu realisieren.

Junge Frauen streben weit überwiegend Familie und Beruf an. Ihr Rückzug kommt erst, wenn sie die Realität kennen gelernt haben. Sie merken relativ spät, dass Gleichstellung in diesem Punkt noch nicht verwirklicht wurde.

Öffentliche Diskriminierung

Der LFR sollte bei diskriminierender Werbung seine Stimme erheben.

Es muss die Frage gestellt werden: „Wie wollen Frauen und Männer künftig zusammen leben?“ und in die Beantwortung der Frage müssen Männer mit einbezogen werden.

Egalität

Frauen haben das Empfinden mehr von einer Geschlechtergerechtigkeit zu profitieren als Männer, da sie einen Gewinn in einem Leben in der Familie sehen. Anzustreben ist eine gleichberechtigte Wahrnehmung der Qualität von Familie und Arbeitsleben in seiner Verbundenheit, für Männer und Frauen.

Bei unseren dänischen Nachbarn wird die Kinderbetreuung kommunal finanziert. Trotz egalitärer Tradition sind nur wenige Frauen in Führungspositionen und eine völlige Lohnleichheit ist auch dort noch nicht erreicht. In jüngster Zeit – seit konservative Parteien an Einfluss gewinnen – ist die Entwicklung sogar wieder rückläufig. Aus Schweden wird ähnliches berichtet. Es besteht die Gefahr einer Umkehr der Gleichstellungsentwicklung.

Grundsätzlich müssen auch Männer in die Überlegungen einbezogen werden. Wie soll das Zusammenleben aussehen, wie wollen Frauen und Männer gemeinsam die Gesellschaft gestalten? Frauenförderung ist ein Teil von Gender – Mainstreaming.

Die Neuverteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit, sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings passt gut in den Themenschwerpunkt „Arbeit“ des LFR für das Jahr 2008 und soll dort aufgegriffen werden.

4. MV 28. November 2007 in Kooperation mit dem LandesSportVerband; außerordentliche Jahreshauptversammlung

Sylvia Nowack(LandesSportVerband) referierte, als Gastgeberin, zu dem Thema „Frauen im Sport“. Zu Beginn informierte sie mit einem Film über die Arbeit des LSV. In Schleswig-Holstein ist jede vierte Frau Mitglied in einem Sportverein (bei den Männern ist es jeder Dritte). Der Frauenanteil im LSV liegt bei 44 %. Damit ist Schleswig-Holstein hinsichtlich weiblicher Sportaktivität führend im Bundesgebiet. Trotzdem findet sich im Landesvorstand nur eine Frau. Die angeschlossenen Verbände werden nur durch eine Frau (Schwimmverband) als Vorsitzende vertreten. In der anschließenden Diskussion wurde auf die Männerdominanz des gezeigten Filmes hingewiesen. Insbesondere ältere Frauen kamen in dem Film nicht vor. Sylvia Nowack wird das Thema gegenüber den Verantwortlichen in ihrem Verband ansprechen. Im LSV fehlten Frauen auf Funktionärsebene. Nur im Betriebssport sind Frauen nicht unterrepräsentiert. Ein Hindernis für jugendliche Betätigung im Sport ist Kinderarmut. Sport kann die Integration von Migrant(inn)en fördern. Die Versammlung forderte Gender-Mainstreaming und Frauenförderung im Sport sowie die Vermeidung einer Reduzierung von Frauenaktivität durch Familienarbeit (Präsenz von Sportlerinnen nimmt im Alter zwischen 19 bis 40 Jahren ab, steigt dann wieder an).

Hauptthema des Abends waren die verschiedenen Anträge die sich mit dem Thema Finanzen befassten

Um eine neutrale Abwicklung des Abstimmungsverfahrens zu gewährleisten, beschloss die JHV eine Antragskommission zur Vorbereitung der Abstimmungen einzusetzen. Für diese Aufgabe erklären sich Uta Kroepe(Deutscher Akademikerinnenbund), Claudia von Höveling(Business and Professional Women Kiel), Angela Pape(ver.di) und Anne Gräfin von Schlieffen(Deutsches Rotes Kreuz) bereit.

Die Schatzmeisterin Birgit Prange erläuterte noch einmal die aktuelle finanzielle Situation und verwies auf die Mitteilung konkreter Zahlen in vorangegangenen E-Mails, zuletzt am 17.11.2007. Die ehemalige Vorsitzende des LFR, R. Oestergaard, hatte in einer Erwiderung auf den offenen Brief des Deutschen Hausfrauenbundes reagiert. Regelmäßig hatte es eine Unterdeckung von 6.000,00 € gegeben. Die Lücke wurde durch Spenden, Projektakquise und ähnliches gedeckt. Der Erfolg bei der Realisierung zusätzlicher Mittel war personengebunden durch zeitliche Ressourcen und persönliche Kontakte. Die amtierenden Vorstandsfrauen erklärten darauf zum wiederholten Mal, dass sie eine Projektmittelakquise zur Deckung eines strukturellen Finanzdefizits als nicht professionell erachten und diese zeitaufwändige Maßnahme, unter anderem aufgrund ihrer Vollzeiterwerbstätigkeit, auch nicht als Aufgabe der ehrenamtlich tätigen Vorstandsfrauen sehen.

Bei Annahme der vom LFR gestellten Anträge wäre der Haushalt ausgeglichen. Mögliche Austritte bei einer Beitragserhöhung werden zwar gesehen, ihre tatsächliche Auswirkung könne noch nicht vorhergesagt werden. Margret Bonin(VAMV) erklärte, dass jeder austretende Verband sich über die damit verbundene Gefährdung des LFR klar sein müsse, Lysanne Straka(Deutscher Gewerkschaftsbund) rief dazu auf, dass Frauen sich nicht auseinander dividieren lassen dürften.

Die Antragskommission erklärte, dass nur die Anträge des LFR und LSV fristgerecht eingegangen sind.

Zu den Anträgen im Einzelnen:

Der Antrag auf Zahlung einer Sonderumlage für 2007 wurde angenommen. Der Antrag des DGB, den Antrag zu modifizieren und Ausnahmen von der Zahlung der Sonderumlage möglich zu machen, wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag 2 des LFR auf Beitragserhöhung ab 2008 wurde abgelehnt.

Der 1. Antrag des LJR wurde

- hinsichtlich der Vorlegung einer mittelfristigen Finanzplanung im März 2008 bis 2010 angenommen,
- hinsichtlich der Ausgabenanpassung bzw. Reduzierung ebenfalls angenommen,
- hinsichtlich des 3. Spiegelpunktes abgelehnt.

Nach eingehender Diskussion über den 2. Antrag des LJR wurde

- ein Antrag auf Schluss der Debatte einstimmig angenommen,
- ein Antrag, über den 2. Antrag des LJR insgesamt abzustimmen, angenommen,
- der Antrag selbst abgelehnt.

Der von DGB und ver.di gestellte Antrag (Mindestlohn) wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung zurück gestellt.

Der ursprüngliche Antrag des DAB (Spendenaufruf für Mittagessen in Schulkantinen) wurde abgelehnt, ein modifizierter Antrag „Wir bitten den Landesfrauenrat, sich aktiv mit dem Thema ´Finanzierung von Mittagessen in Schulkantinen für Kinder in Not´ zu befassen“ dagegen einstimmig zugelassen und angenommen.

Nach dem Ende der Versammlung traten die Vorstandsfrauen zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung zusammen, in deren Verlauf der gemeinsame Rücktritt beschlossen wurde.

IV. Sponsoren

Wir bedanken uns bei unseren Sponsoren:

- Der Landtag Schleswig-Holstein
- Landeszentrale für Politische Bildung
- Sydslevigsk Oplysningsforbund
- Hermann-Ehlers-Akademie
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Friedrich-Naumann-Stiftung
- Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
- Heinrich-Böll-Stiftung
- Offener Kanal Kiel

V. Kooperationen

Wir bedanken uns bei unseren Kooperationspartner für die gute Zusammenarbeit:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Ministerium für Bildung und Frauen
- Landesinitiative Bürgergesellschaft im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie
- Institut für Frauen- und Gender-Studien der FH Kiel
- Landeszentrale für Politische Bildung
- Industrie- und Handelskammer, Arbeitskreis „Frauen in der Wirtschaft“

Bundesweite Kooperation:

- Die Konferenz der Landesfrauenräte(KLFR) fand vom 7.9.-9.9.2007 in Aachen statt. Marga Trede vertrat den LFR-SH bei dieser Konferenz.
- Der Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz richtet die nächste KLFR aus. Als Termin ist das Wochenende vom 5.9.-6.9.2008 geplant.
- Voraussichtliches Thema: „Frauen und Medien – Medien und Frauen“

VI: Gremienarbeit:

Die Vorstandsfrauen sind in folgenden wichtigen politischen und gesellschaftlichen Gremien des Landes vertreten:

- **Arbeitskreis Fußverkehr**, (M.Henning)
- **Deutsche Bundesbahn Regio AG**, (M.Henning)
- **Deutsche Gesellschaft für Ernährung**, (M.Trede)
- **Energiestiftung**, (M.Trede)
- **Europa-Union und Europäische Bewegung**, (A. Bergmann)
- **Fahrradforum Schleswig-Holstein**, (M.Henning)
- **Kieler Frauenbündnis**, (A. Bergmann)
- **Landesplanungsrat**, (A.Schimmer/Vertr. B.Seyfried-Lubs)
- **Ländliche Räume**, (M.Trede)
- **Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein**, (A.Bergmann/K.Purrucker-Ströh)

- **Landeszentrale für Politische Bildung**, (A.Schimmer/Vertr. B.Seyfried-Lubs)
- **LVS – Landesweite Verkehrsservicegesellschaft**, (M.Henning)
- **Norddeutscher Rundfunkrat**, (A.Schimmer)
- **Regionale Aktion Arbeit für Schleswig-Holstein**, (A. Bergmann)
- **Schleswig-Holsteinischer Heimatbund**
(Landeskuratorium Schleswig-Holstein-Tag), (A.Schimmer)
(Ehrungsausschuss), (A.Schimmer)
- **Verbraucherzentrale**, (M.Trede)
- **Weiterbildungskommission**, (A.Schimmer/Vertr. B.Seyfried-Lubs)
- **Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein**, (M.Trede)

Soweit Sitzungen stattfanden, wurden 15 dieser Gremien mindestens einmal im Jahr durch eine Vertreterin des LFR besucht.

Weiter haben der geschäftsführende Vorstand und die Geschäftsführung mehrere Gespräche mit dem Frauenministerium, MinisterInnen und StaatssekretärInnen geführt. Der LFR war aktiv im Ehrungsausschuss des SHHB bei der Auswahl der KandidatInnen beteiligt.

Bericht aus dem NDR-Rundfunkrat 2007

Seit der Neukonstituierung des NDR-Rundfunkrates im Mai 2007 hat es u.a. zu folgenden wichtigen Themen Diskussionen und Entscheidungen gegeben:

Intendantenwahl

Im Juli 2007 wurden auf einer Sondersitzung der neue Intendant und sein Stellvertreter gewählt. Herr Joachim Lampe, der stellvertretende Intendant ist bereits zum 31.8.2007 ausgeschieden. Prof. Jobst Plog hat im Januar 2008 sein Amt niedergelegt.

Als neuer Intendant wurde Herr Lutz Marmor (Verwaltungsdirektor des WDR, vorher Verwaltungsdirektor beim NDR), als stellvertr. Intendant Dr. Arno Beyer (Direktor des Landesfunkhauses Niedersachsen) gewählt. Den Wahlen voraus gingen intensive Verhandlungen vor und hinter den Kulissen, die leider durch Versuche parteipolitischer Einflussnahme, insbesondere aus Niedersachsen, geprägt waren. Der Rundfunkrat hat aber schließlich seine Unabhängigkeit bewiesen und zwei qualifizierte Fachleute für die Ämter gewählt.

Auch einige wenige Frauen waren als Kandidatinnen vor der Wahl im Gespräch. Doch leider standen sie entweder nicht zur Verfügung oder konnten kompetenzmäßig nicht überzeugen.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Festsetzung der Rundfunkgebühren

Im September entschied das Bundesverfassungsgericht, dass mit der Festsetzung der Rundfunkgebühren (erfolgt alle 4 Jahre) keine inhaltliche Einflussnahme durch die Politik ausgeübt werden darf. Dies war bei der letzten „Gebührenrunde“ geschehen. Die Gebühr, die von der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) festgesetzt wird, darf nun nur noch nach sehr eingeschränkten Kriterien von der Politik geändert werden. Diese Entscheidung trägt damit zur Sicherung der Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender bei.

Weiterentwicklung des Digitalkanals EinsExtra

Auch zu den Aktivitäten im online-Bereich hat das Bundesverfassungsgericht die öffentlich-rechtlichen Sender gestärkt. Angesichts neuer Verbreitungswege (Internet)

und dem sich verändernden Mediennutzungsverhalten (besonders der jungen Menschen) müssen auch die öffentlich-rechtlichen Sender in der Lage sein, diese Zielgruppen zu erreichen. Und nicht nur das: bei der Unübersichtlichkeit des Internetangebots wird eine seriöse und verlässliche Informationsquelle immer wichtiger.

Der vom NDR federführend entwickelte Digitalkanal wird deshalb in den kommenden Jahren weiter ausgebaut.

ARD im Wettbewerb mit den kommerziellen Sendern

Zu diesem Thema war der Programmdirektor der ARD, Dr. Struve, eingeladen. In den kommenden Jahren wird es sehr darauf ankommen, jüngere Publikumsschichten zu gewinnen, da diese bisher überwiegend kommerzielle Fernsehsender nutzen. Dabei darf es allerdings nicht darum gehen, nur nach der Quote zu schießen und Einschränkungen bei der Qualität zu machen oder die kommerziellen Programme zu imitieren (sehr kontrovers wurde die neue Sendung „Schmidt und Pocher“ diskutiert!).

In seiner letzten Sitzung des Jahres befasste sich der NDR-Rundfunkrat regelmäßig mit dem Wirtschaftsplan des folgenden Jahres. Nach den Vorberatungen in den Finanzausschüssen von Verwaltungsrat und Rundfunkrat wurde nun der Wirtschaftsplan 2008 verabschiedet. Da der NDR sich zum allergrößten Teil aus den Rundfunkgebühren finanziert, ist er gehalten, sparsam zu wirtschaften. Dies führt leider, wie bereits in den vergangenen Jahren, auch zu Einsparungen im personellen Bereich. Beträchtliche Kosten werden wieder durch die anteilige Finanzierung von Sportereignissen, die in der ARD übertragen werden, entstehen. Im kommenden Jahr wird dies z.B. die Fußball-Europameisterschaft 2008 sein.

Programmausschuss

(weitere Ausschüsse: Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Informationstechnologie, Rechts- und Eingabenausschuss)

Der Programmausschuss gibt sich eine Schwerpunkt-Themenliste für das ganze Jahr, die teilweise durch Arbeitsgruppen vorbereitet und in den jeweiligen Sitzungen abgearbeitet wird.

Außerdem stehen in jeder Sitzung die Berichte der Programmdirektoren und der Punkt „Anregungen und Kritik zu den Sendungen der vergangenen Wochen“ auf der Tagesordnung.

Der Programmausschuss hat sich u.a. befasst mit:

Sendekonzept „Anne Will“

Vor Beginn der Sendung wurde im Ausschuss das veränderte Konzept diskutiert. Weiterhin wurden in den vergangenen Sitzungen die bereits gesendeten Talkrunden teilweise sehr kontrovers ausgewertet. Der NDR hat die Federführung für diese ARD-Sendung.

Studie „Migranten und Medien 2007“

Eine erste umfassende Studie zur Mediennutzung von MigrantInnen wurde in 2007 erstellt. Neben anderen Anregungen und Kritikpunkten wurde vom Ausschuss bemängelt, dass die Studie keine geschlechtsspezifischen Aussagen macht und auch nicht die soziale Lage und den Bildungshintergrund mit einbezieht. Die Forschung zu dem Thema soll fortgesetzt werden.

Neue Internetangebote von N-Joy

Das Hörfunkprogramm für junge Leute wird seine Internetpräsenz ausbauen und verstärken und will den HörerInnen eine norddeutsche „Community“ bieten mit Angeboten, die es sonst so nicht im Internet gibt.

Neue Struktur und neue Sendungen im NDR-Fernsehen

Die regionale Berichterstattung des NDR-Fernsehens im Vorabendprogramm wird weiter ausgebaut, außerdem soll es am Nachmittag stündliche Nachrichten aus Norddeutschland geben.

Der Programmausschuss befasste sich in der letzten Sitzung sehr ausführlich mit dem Thema „**Berichterstattung des NDR zum Thema ‚Rechtsradikalismus‘**“ und ließ sich von den Redaktionen des Fernsehens und des Hörfunks die vielfältigen Aktivitäten zu diesem Thema berichten. Die Schwierigkeit zwischen der notwendigen Information der Öffentlichkeit über die Gefahren durch rechtsradikale Gruppen und der Gefahr, rechtsradikale Gruppierungen eben gerade durch die Berichterstattung aufzuwerten und ihnen ein Forum zu geben, wurde ausführlich diskutiert.

Auch die Gefahren, denen JournalistInnen bei Recherchen im rechtsradikalen Milieu ausgesetzt sind, wurden angesprochen. Gerade in jüngster Zeit hat es ja wieder Übergriffe gegen ReporterInnen gegeben.

Die Mitglieder des Programmausschusses konnten sich überzeugen, dass der NDR dieses Thema sehr ernst nimmt und es nachhaltig, also nicht nur im Umfeld von Wahlen, verfolgt. Besonders das Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern ist hier sehr engagiert.

Frauenrunde im NDR

Seit September trifft sich eine Runde von ca. 5 – 6 Rundfunkrätinnen vor den jeweiligen Rundfunkratssitzungen, um sich auszutauschen und evtl. gemeinsame Positionen zu entwickeln. Die Vertreterinnen der Landesfrauenräte Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen Heike Peber, Anke Schimmer und Ursula Thümler sind dabei. Sie haben sich verabredet, sich gegenseitig in Diskussionen zu unterstützen und in den Arbeitsgruppen des Programmausschusses mitzuarbeiten, um die Geschlechterperspektive bei allen Themen einzubringen.

An der letzten Frauenrunde des NDR hatte Frau Thümler vom Landesfrauenrat Niedersachsen die Einladung und Moderation übernommen und Frau Sabine Knor, die Gleichstellungsbeauftragte des NDR, zur Sitzung eingeladen.

Diese berichtete ausführlich über das NDR- Projekt „Frauen in die Technik“, das dazu beitragen soll, den Frauenanteil im Produktionsbereich weiter zu erhöhen. Auf der Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten der ARD wurde dieses Projekt ebenfalls schon diskutiert und wird ggfs. auch in anderen Sendern umgesetzt werden.

Der NDR wird mit diesem Projekt auch auf der Messe „Womenpower“ am 25.4.2008 auf der Hannover-Messe vertreten sein.

VII Mitgliedsverbände Kontaktpflege

Im Laufe des Jahres fanden auf Einladung insgesamt mindestens 20 Besuche durch Vorstandsmitglieder bei Mitgliedsverbänden statt, ebenso wurde der Kontakt zu den Parteien aufrechterhalten. Ihre eigenen Verbände haben die Vorstandsfrauen regelmäßig über ihre Tätigkeit unterrichtet.

Um dem satzungsmäßigen Auftrag, überparteilich und überkonfessionell Fraueninteressen zu vertreten, gerecht zu werden, haben sich die VorstandsFrauen auch um Kontaktpflege mit anderen Organisationen und Gruppen bemüht. Besonders hervorzuheben ist die Teilnahme Monika Hennings an einer interkonfessionellen Veranstaltung „Muslime und Christen im Gespräch“ und der konstituierenden Sitzung der Klima-Allianz für Schleswig-Holstein.

Kontaktaufnahme zu Lübecker Frauenvertreterinnen

16 Lübeckerinnen – sämtlich Mitglieder der „Lübecker Frauen- und Sozialverbände e.V.“ – haben sich zu einem Gespräch mit Vorstandsfrauen des LandesFrauenRates in Kiel getroffen. Sie nahmen einen Besuch beim NDR in Kiel zum Anlass, einmal intensiver über Wünsche und Perspektiven der Zusammenarbeit zu sprechen. Das Gespräch fand in großer Offenheit statt. Zentrale Fragen und Sorgen wurden angesprochen.

Die Lübeckerinnen beklagten, dass es ihnen in ihrem Wirkungsbereich nicht gelungen sei, die massiven Einsparungen im sozialen Bereich aufzuhalten. Man habe zwar protestiert, sei aber nur begrenzt durchgedrungen und werde zunehmend „klein gehalten“. Vor allem die Verarmung der Kinder sei ein Besorgnis erregendes Thema. Hier werde die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Angesprochen wurde auch das Problem der Überalterung in allen Verbänden. Viele hätten eine veraltete Struktur. Durch ein gegenwärtiges Roll-back in der Frauenpolitik fehle es außerdem auch an Motivation für jüngere Frauen, sich in den Frauen- und Sozialverbänden zu engagieren. Intensiv diskutierten die Lübecker und die Kieler Frauen auch über eine engere und direktere Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand des LandesFrauenRates und den Mitgliedsverbänden. Die Themen, die Arbeit entstünden an der Basis. Von dort her müsse geplant und agiert werden. Vor allem bei Entwicklungen und Fakten, die nicht nur regionale Bedeutung hätten. Trotz manch' sorgenvoller Themen, da waren sich alle einig, sollten sich die Frauen in ihrem Engagement und in ihrer Zielsetzung auf keinen Fall entmutigen lassen. Gemeinsam gewönnen sie Stärke und Überzeugungskraft.

Für den Vorstand waren bei diesem Gespräch Birgit Prange, Monika Henning und Jutta Kürtz vertreten.

Die Lübecker Teilnehmerinnen:

Helga Lietzke – Lübecker Frauen- und Sozialverbände e.V. – 1. Vorsitzende

Gisela Roth – Deutscher Akademikerinnenbund e.V.

Maria Becker – DFR Deutscher Frauenring

Monika Rucktäschel – DFV Deutscher Familienverband e.V.

Rosemarie Spindler – DFV Deutscher Familienverband e.V.

Karoline Schümann – Deutsches Sozialwerk e.V.

Monika Weyrauch – GEDOK Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer e.V.

Renate Rubach – Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands KDF

Maria Griebisch - Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands KDF

Elke Goldschmidt – LandFrauenVerein für Lübeck und Umgebung

Doris Dreyer - Lübecker Frauen-Ruder-Klub

Ute Kramer – Lübecker Frauen-Ruder-Klub

Heidemarie Vesper – Lübeck-Hilfe für krebskranke Kinder e.V.

Esther Karpowski – Ortsverband der Körper- und Mehrfachbehinderten in Lübeck e.V.

Marga Kaack – freies Mitglied

Lore Kornemann – Leiterin des Senioren-Treffs, Koberg 11

VIII. Öffentlichkeitsarbeit

Wegen der Pressearbeit für den LFR haben Gespräche mit verschiedenen Medien stattgefunden. Über die Diskussionsveranstaltung zur Frauenquote wurde im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR-Fernsehens und im NDR-Rundfunk Welle Nord berichtet.

Der Offene Kanal zeichnete jede Mitgliederversammlung auf.

Auch im Jahr 2007 wurden aktuelle Termine auf der Homepage zeitnah bekannt gegeben, als Instrument der Öffentlichkeitsarbeit ist dieses Medium fester Bestandteil des LFR.

Das Angebot konnte sogar erweitert werden: Protokolle und Stellungnahmen sind, ebenso wie die Satzung und Geschäftsordnung des LFR jederzeit über das Archiv abrufbar, dankenswerterweise überließen uns ReferentInnen Ihre Vortragsunterlagen zur Veröffentlichung im Netz. Über ein Kontaktformular können Interessierte direkte Anfragen an den LFR richten.

Die neue Internetadresse, ebenso die Emailadressen der Geschäftsstelle sind inzwischen allgemein bekannt:

www.landesfrauenrat-s-h.de

info@landesfrauenrat-s-h.de

karin.purrucker@landesfrauenrat-s-h.de

birgitta.seyfried@landesfrauenrat-s-h.de

Bedauerlicherweise musste aus technischen Gründen das infoNet-Frauen abgeschaltet werden. Damit ging ein unabhängiges Forum zur Darstellung von Frauenaktivitäten und Verbänden in diesem Land verloren, was in den Jahren 1999-2002 mit viel Engagement und öffentlicher Unterstützung ins Leben gerufen wurde. Seitdem wurde es ausschließlich ehrenamtlich weiter betreut. Das Fraunhofer-Institut in Karlsruhe hatte diese Seite dankenswerterweise kostenfrei weiterlaufen lassen, solange das technisch möglich war.

Gedacht war ursprünglich, dass alle beteiligten Verbände nach einer Anfangsphase fähig sein würden, ihre Einträge selbst zu pflegen. Die Erfahrung zeigte leider, ohne kontinuierliche Betreuung funktioniert kein Internetportal!

Der Wunsch nach einem solchen Forum führte nach einem Aufruf übers Internet zur Bildung eines Ausschusses, der sich zweimal traf, um ein neues Konzept zu erarbeiten.

VIII. Ausschüsse:

Auch 2007 fand intensive Ausschussarbeit statt. Hervorzuheben ist besonders:

Arbeitsgruppe Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen

Im Jahr 2007 hat sich die Arbeitsgruppe, zu der Margret Bonin (VAMV), Margrit Hintz (BPW), Birgit Feddersen (Landfrauenverband), Marianne Grimm (Verband der Familien-Frauen und Männer vffm) und Birgitta Seyfried-Lubs (Geschäftsführerin LFR) gehören, fünfmal getroffen.

Der zwischen der LFR-AG und Frau Prof. Dr. Heindl verabredete Kontakt hat sich fortgesetzt.

Die AG hat 2007 vor allem daran gearbeitet, ihr Anliegen in der Zielgruppe Eltern/Schulen breiter bekannt zu machen. Gezielt wurden Kontakte geknüpft zu den unterschiedlichen Schultypen, den Landes- und Schul-Elternbeiräten und der Lehrerschaft. Mit Frau Rieckmann vom IQSH kam es Anfang des Jahres zu einem Gespräch über die Beteiligung der Arbeitsgruppe beim nächsten Elternfachtag. In den folgenden Treffen erarbeitete die Gruppe ein Konzept für einen solchen Fachtag. Leider konnte die Beteiligung nicht in im Jahr 2007/2008 umgesetzt werden, da sich das IQSH letztlich doch für ein anderes Hauptthema entschied. Für die Zukunft bleibt eine solche Veranstaltung wünschenswert. Die AG wird beobachten, inwieweit die Umsetzung des neuen Schulgesetzes und die größere Verbreitung von Ganztagschulen sich positiv auf die Umsetzung der Ernährungs- und Verbraucherbildung im Unterricht auswirken.

Allianz-Hartz IV

Der Email-Verteiler der 2005 gegründeten Gruppe wurde 2007 weiter, wie verabredet, genutzt.

Arbeitskreis infoNet Frauen

Das infoNet-Frauen ist aus dem Internet verschwunden, nicht aber die Wünsche, die Frauen an ein Frauenportal stellen:

- die Vernetzung aller frauenrelevanten Organisationen und Verbände auf einer Seite
- die Möglichkeit, über eigene Artikel an den Inhalten mitzuwirken
- aktuelle Termine zu erfahren, unabhängig von der Veröffentlichung in den regionalen Medien
- eine Webadresse für Frauen, die sich keine eigene Website leisten können oder wollen
- mit einem Link an zentraler Stelle auf einen eigenen Internetauftritt verweisen
- weiblichen Unternehmerinnen eine Möglichkeit der gezielten Ansprache von Kundinnen zu geben

Aus dieser Zielrichtung heraus hat sich ein Arbeitskreis neu konstituiert, mit dem Ziel, das infoNet Frauen, das aus technischen Gründen abgeschaltet werden musste, wieder zu beleben und zu verbessern um ein unabhängiges Forum für alle Frauen im Land zu schaffen. Neun Frauen aus unterschiedlichen Verbänden hatten nach einem Aufruf von Birgitta Seyfried-Lubs im Internet ihr Interesse angemeldet. Den Vorstand vertrat zunächst Birgit Prange, später wurde die Verantwortung an Ute Hönow übergeben.

Die interessierten Frauen trafen sich zweimal. Ein mögliches Finanzkonzept wurde diskutiert und in verschiedenen Ministerien wegen einer möglichen Förderung angefragt. Gedacht ist an ein sich finanziell selbst tragendes Frauenportal, für das der LFR die Rolle als Ansprechpartner und Servicestelle übernimmt.

AG Wahlen

Rechtzeitig zu den anstehenden Kommunalwahlen 2008 hat die AG Wahlen ihre Arbeit wieder aufgenommen. Angeregt durch Steffi Harms (Frauennetzwerk) trafen sich Ursula Schele (Frauennotruf Kiel, DPWV), Nicole Howe (LJR), Britta Rudolph (LAG

kommunale GB Husum), Angela Reinhardt (Mädchentreff Husum), Annegret Bergmann und Birgitta Seyfried-Lubs viermal zu Arbeitssitzungen.

Um möglichst viele, vor allem Erst-Wählerinnen zu erreichen, wurde beschlossen, die bereits bei der letzten Landtagswahl erfolgreich eingesetzte Broschüre „Frauen-sind-wählerisch“ im Text anzupassen und den dazu gehörigen Internetauftritt zu überarbeiten. Als besondere Aktion wurde der Druck von „Frauen-sind-wählerisch“ – Taschenkalendern 2008 in Auftrag gegeben, die über die Gleichstellungsbeauftragten zum Selbstkostenpreis erworben werden können. Größere Veranstaltungen sind aus Kostengründen diesmal nicht geplant.

IX. Veranstaltungen:

- **Teilnahme an der Abschlussveranstaltung „STAGE“ am 15.2.2007**
- **Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2007 fand eine Veranstaltung zum Thema: „geht nicht gibt's nicht“ statt, Teilnehmerinnen: ca. 300**
- **Regionalkonferenz 2007 „Chancengleichheit und Antidiskriminierung“ der Fachhochschule vom 8.- 9.6.2007**
- **Diskussionsveranstaltung mit Vertretern aller Parteien:
„Bringt eine Frauenquote mehr Förderung für Frauen in der Politik?“
in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landtag SH**

Podiums-Diskussion im Landeshaus:

Bringt eine Frauenquote mehr Förderung für Frauen in der Politik?

Vor dem Hintergrund der Initiative von Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Landeswahlgesetzes debattierten am 4. Dezember 2007 Angelika Birk(B90/Grüne), Anke Spoorendonk(SSW), Christine Aschenberg-Dugnus(FDP), Klaus-Peter Puls (SPD) und Wilfried Wengler(CDU) zusammen mit der Verfassungsrechtlerin Prof. Dr. Sibylle Raasch(Universität Hamburg).

Der Bogen der Debatte war weit: als frühere Frauenministerin und frühere Gleichstellungsbeauftragte erklärte Angelika Birk Sinn und Ziel der Gesetzesänderung. Die Landeslisten der Parteien sind für sie der erste Schritt hin zu mehr Frauen in der Politik. In den vergangenen Jahren sank der Anteil der weiblichen Abgeordneten von mehr als 38 Prozent auf gerade mal 30,5 Prozent – so wenig wie seit 15 Jahren nicht mehr. FDP und SSW äußerten allerdings Zweifel, dass eine quotierte, im Reißverschlussverfahren besetzte Landesliste für Wahlen das richtige Mittel ist. Christine Aschenberg-Dugnus, Kommunalpolitikerin im Kreistag von Rendsburg-Eckernförde mit viel Freude und Engagement an der politischen Arbeit, sah mehr Chancen in der direkten Ansprache von Frauen auf Orts- und Kreisebene, nach dem Motto, das Vorbild zieht auch weitere engagierte Frauen nach sich. Eine Vorstellung, die nicht nur bei Anke Spoorendonk vom SSW großen Anklang fand.

Am Beispiel der skandinavischen Länder werde deutlich, so Anke Spoorendonk, dass sich erst mal auf der gesellschaftlichen Ebene etwas ändern müsse, und dass sich die Rahmenbedingungen für Frauen ändern müssten, damit sie erfolgreich und engagiert Politik machen können.

Das Problem, Frauen auf Listen und in Wahlkreise zu holen, hat auch die CDU, die gleichwohl eine quotierte Liste ablehnt. Wilfried Wengler, der mangels frauenpolitischer SprecherIn die Fraktion vertrat, erklärte, das weniger verpflichtende Quorum (jeder dritte Listenplatz für eine Frau) funktioniere bei den Christdemokraten

bestens. Außerdem seien Mentoringprogramme ein guter Weg, junge Menschen für die Politik zu begeistern. Denn die Parteien suchten nicht nur Frauen, sondern überhaupt Kandidaten, die sich bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr engagieren. Unterstützung darin kam von der SPD: Klaus-Peter Puls machte allerdings auch klar, dass die Sozialdemokraten, die bisher eine 40- Prozent-Quote für die Landesliste haben, ihre Debatte über den Gesetzesantrag noch nicht abgeschlossen hat und dem Projekt durchaus aufgeschlossen gegenübersteht. Offen ist für die SPD nach wie vor, ob die von den Grünen vorgeschlagene Änderung des Wahlgesetzes verfassungskonform wäre.

Eine Frage, die die Verfassungsrechtlerin ganz klar bejahte. Nach Abwägung aller kollidierenden Verfassungsrechte – Grundsatz der Gleichheit der Wahl, Grundsatz der Wahlfreiheit, Wahlvorschlagsfreiheit der Parteien – hält Professorin Sibylle Raasch die quotierte Landesliste in der von den Grünen eingebrachten Fassung für zulässig, angemessen und verhältnismäßig.

Ganz besonders mit dem Blick auf den 1994 aufgenommenen Zusatz zum Artikel 3 des Grundgesetzes: Art. 3 Abs. 2 S. 2 besagt, dass der Staat einen ausdrücklichen Auftrag hat, für die Zukunft die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen und die Lebensverhältnisse zwischen Frauen und Männern tatsächlich anzugleichen. Aktive staatliche Fördermaßnahmen für die Gleichberechtigung ist also nicht nur möglich, sondern laut Grundgesetz auch nötig. Eine Position, die auch der Wissenschaftliche Dienst des Landtages teilt.

Für den LandesFrauenRat, die LAG der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, den Deutschen Juristinnenbund und übrigens auch für die erste Frauenministerin des Landes, Gisela Böhrk, steht fest: Eine Landesliste mit 50 Prozent Quote, mit offenem Reißverschlußsystem bei der Besetzung der Listen, wäre ein guter Schritt auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen. Und auch ein guter Schritt für eine bessere Demokratie, denn in einer Demokratie müssen die Lebenserfahrungen von Männern und Frauen in gleicher Weise die Politik bestimmen.

Ob bei einer solchen breiten Unterstützung eine Quote für die Landesliste kommt, ist allerdings dennoch fraglich. Dafür müssten sich die Koalitionspartner CDU und SPD verständigen – und einigen...(MK)

X. Ausblick:

- Das Jahr 2008 wird unter dem Thema „Arbeit“ stehen, der LFR wird dazu sowohl selbst, als auch als Kooperationspartner Veranstaltungen anbieten, sowie öffentlich Stellung beziehen
- Der LFR ruft seine Mitgliedsverbände auf sich mit dem geänderten Unterhaltsrecht und der Situation alleinerziehender Mütter zu beschäftigen um eine Stellungnahme zu erarbeiten und politische Maßnahmen in Gang zu setzen
- Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2008 findet eine Frauenwoche statt, bei der frauenpolitische Initiativen der Landeshauptstadt die Gelegenheit erhalten, sich und ihre Arbeit vorzustellen.
- Aktionen der AG Wahlen und Kalenderverkauf zur Unterstützung des „Frauen sind wählerisch“- Projektes anlässlich der Kommunalwahlen in SH

Die 4 geplanten Mitgliederversammlungen werden nach derzeitiger Planung in Kooperation mit folgenden Mitgliedsverbänden durchgeführt:

- | | |
|------------------|---|
| 1. MV 27.02.2008 | • JHV, Vorstandswahlen, Kooperation mit CDA |
| 2. MV 11.06.2008 | • Kooperation mit ARGE Nord |
| 3. MV 17.09.2008 | • Kooperation mit Frauennetzwerk |
| 4. MV 26.11.2008 | • Kooperation mit DGB/verdi |

Das Konzept für ein neues Mentoring - Projekt soll im Jahr 2008 abgeschlossen werden, so dass mit der Umsetzung spätestens im Jahr 2010 unter dem Thema „Frauen und Macht“ begonnen werden kann.

Folgende Veranstaltungen sind zum Anfang des Jahres 2008 schon geplant:

- Internationaler Frauentag

Im Rahmen des Jahresthemas „Arbeit“ je eine Kooperations-Veranstaltung mit folgendem Schwerpunkt:

- Existenzsicherndes Einkommen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Zukunftsberufe in einer globalen Wirtschaft
- Fachkräftemangel
- gerechter Lohn

Kiel, den 27.02.2008



Anke Schimmer, Vorsitzende